

...wenn, aus welchen Worten des Erlasses er die Folgerung zieht, daß der Erlaß zur Befriedigung der Lehrer untereinander führen kann. ...

In der Radikalisierung der Zweiten Kammer begründeten die Redner des Zentrums, der Katholiken und Liberalen Anträge, wonach die Regierung erwidert werden soll, sich dafür zu verwenden, daß der Erlaß-Vertrag, welche bis 1890 wegen Verletzung der Wehrpflicht bestraft worden sind, die Strafe, soweit sie nicht bereits verbüßt, verjährt oder erlassen worden ist, im Hinblick auf die in der inzwischen verflochten Zeit eingetretene Milderung der Verhältnisse in Gnade erlassen werde.

Die Verdrängung der eigenen Industrie bei Ausföhrungen in den Bundesstaaten.

In einer Reihe von Bundesstaaten, so in Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden, besteht bei den Behörden der Grundtat, bei Ausföhrung von Lieferungen ausschließlich oder ganz überwiegend nur die Industrie des eigenen Staates zu berücksichtigen. In einzelnen Staaten wird sogar bei den Ausföhrungen von vornherein jeder Wettbewerb der Industrie eines anderen Bundesstaates ausgeschlossen. In Preußen ist eine solche Praxis niemals zur Anwendung gekommen, es sind vielmehr bei der Angebotsstellung alle Angebote, ohne jede Rücksicht auf die Angehörigkeit des Bewerbers zu einem Bundesstaat, geprüft worden. ...

Kleinere politische Nachrichten.

* Krankeversicherungspflicht der Familienangehörigen. Die Konservativen haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem der Reichsanwalt erwidert wird: 1. Bei der Sorge zu tragen, daß die Versicherungsbedingungen und Versicherungsbeiträge als verhältnismäßig für Krankeversicherung heranzuziehen, die zu dem Arbeitgeber in einem festen Arbeitsverhältnis stehen.

2. Eine Verneuerung des Gesetzes in Erwägung zu ziehen, durch welche die Freizügigen der in festen Arbeitsverhältnissen stehenden Familienangehörigen des Arbeitgebers von der Krankenversicherungspflicht lediglich von dem übereinstimmenden Antrag der Beteiligten abhängig gemacht wird.

* Neuordnung der Steuererhebung. Die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat am Mittwochabend den Antrag gestellt, die Steuerbehörde an Einnahmen aus den direkten Steuern übersehen läßt, Gekontrolliert für deren Neuordnung zu dem Zwecke vorzutragen, baldmöglichst dem Mittelstande und den ärmeren Steuerzahlern die für sie in der vorliegenden Sitzung in Aussicht genommenen Erweise und Erleichterungen anzuwenden und eine vollständige und gerechte Veranlagung aller Einkommen und Vermögen sicherzustellen.

* Die Zuzugssteuer. In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde vom Reichsanwalt mitgeteilt, daß dem Hause in nächster Zeit ein Gesetzentwurf über die Zuzugssteuer zugehen werde.

* Die Zuzugs- und Sachverständigengebühren. Die Reichstagskommission für die Neuordnung der Zuzugs- und Sachverständigengebühren benachteiligt, wie schon kurz gemeldet, die zweite Lesung. Die Reichstags erste Lesung wurden gemeinsam aufrecht erhalten. Nur die Zuzugsgebühren wurden in Aussicht genommen. ...

* Die Hebernahme der Bahnhöfe Oldenburg-Wilhelmshaven von Preußen auf den oldenburgischen Staat für 23 Millionen Mark wurde vom Landtage mit großer Mehrheit angenommen. Die Verzinsung der Summe wird etwa auf 900 000 Mark angenommen und ein Heberzahl von etwa 500 000 Mark soll zur Dedung der Staatsfonds verwendet werden. ...

* Zur Verfassung eines bayerischen Abgeordneten. Hg. Dr. Müller (Weinigen) stellte im Reichstag folgende kurze Anfrage: „Die Verfassung eines bayerischen Landtagsabgeordneten ist in Baden während der Dauer der Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer durch Verzicht eines bayerischen Mitglieds unter Umständen möglich, die bei der Vernehmung auf bayerischem Gebiete eine Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Immunität der Abgeordneten bedeuten würde. ...

* Die Verfassung der Einführung des Fräuleins Ase v. Sarder wird allmählich durch die Darstellungen Hof. Voelklings und die Senkungen des Bundesratsgeordneten Ase selbst klar. Nach den Befragungen der letzteren trat Ase im Jahre 1889 ohne jedes Vermögen in die Dienste des Herrn v. Sarder, dessen Millionenerblass er durch einen Scheinvertrag im Jahre 1890 zum größten Teil übernahm und den Herr v. Sarder 20 Jahre später anerkennen mußte. ...

Bestimmung für die Schuld von 2 1/2 Millionen Mark an ihn abzutreten.

* Die kaiserliche Verordnung über Einrichtung des Bundesratsamtes ist erlassen worden. Danach soll das Amt nicht am 1. April, wie ursprünglich vorgesehen war, sondern am 1. März in Betrieb treten. ...

* Ein neuer Präsident des Reichsmilitärgerichts. Der Kommandeur des 3. Armeekorps, General v. Fritsch, ist, nach der Besetzung des Reichsmilitärgerichts, an Stelle des in den Ruhestand tretenden Generals Grafen von Kirchbach zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichts in Aussicht genommen.

* Kardinal Fröhner. Wie der römische Vertreter der Telegraphen-Union von vatikanischer Seite erzählt, werde bei dem im April stattfindenden Gesandtenkongress der apostolische Nuntius Dr. Fröhner in den Verhandlungen über die Einsetzung des Kardinalbischofs von v. Hartmann jenseit vorab noch nicht in Aussicht genommen sein.

Rochette-Ausschuß.

Staatsanwalt Escoubert fragte die nach dem Reichsminister Rochette eingetragenen Klagen über die Geschäfte vor. Dem Untersuchungsrichter wurden vierzehn beschwerde enthaltene Informationen vorgelesen. Escoubert erklärte, es sei ungewiß, ob Rochette von Reuten, die sich vorbereiteten, seine Geschäfte zu übernehmen, an seiner Freiheit interessiert waren, um Platz zu machen. ...

* Drei Straftaten. Der Direktor des „Temps“, der über seine Schritte bei den Mitgliedern der Regierung in der Charteuse-Angelegenheit vernommen wurde, sagte aus, man könne zwischen diesen Schritten und denen in der Rochette-Angelegenheit keine Parallelen ziehen. ...

Bei dem getragenen Bericht von Frau Gaillard vor dem Untersuchungsrichter wiederholte sie, daß sie nicht die Briefe von ihm fordern wollen, die in seinem Brief waren. ...

* Im Gegensatz zu den ersten Tagen der Woche war Donnerstag getrieben vermischt, abgesehen von der verpöhlenden Polizeimacht, daß verließen. Das Hauptinteresse richtete sich auf die im Kriegsanwalt stattfindende Besprechung, wozu eine Anzahl Generale bereits eingetroffen war. ...

* Der König und die Königin sind gestern nachmittag von Gießen zurückgekehrt. Premierminister Aquilich wurde sofort nach dem Bückingham-Palast befohlen.

Die Ulster-Krise.

Rais-Gereu (Unionist) fragte, als Feldmarschall French und Generalleutnant Gomerley die führenden Mitglieder des Armeeates, um ihre Entlassung erwidert hätten. Der Staatsanwalt Lloyd George erwiderte in Vertretung des Premierministers Aquilich, daß dieser am Schluß der Sitzung eine Erklärung abgegeben werde. ...

Im Hinterhaus.

Die Weisung der Generale im Kriegsanwalt, an der Feldmarschall French teilnahm, währte 1 1/2 Stunden. In der Zwischenzeit hatten Premierminister Aquilich, Kriegsminister Seely und Marineminister Churchill eine Besprechung in Downing Street.

Ausland.

175 Millionen für Französisch-Äquatorial-Afrika. Die französische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung von Französisch-Äquatorial-Afrika ermächtigt wird, eine Anleihe von 175 Millionen Francs für den Bau von Eisenbahnen aufzunehmen.

In Rio de Janeiro ist der Belagerungszustand verlängert worden.

Vermischtes.

Die soziale Fürsorge des Kaisers für seine Arbeiter. Aus Anlaß der neuen Maßnahmen des Kaisers zur Verbesserung der sozialen Lage seiner Arbeiter, wurde die kaiserliche Sozialpolitik sehr interessante Neuerung des Kaisers, eben seiner Kabinets-Landarbeiter mit 1000 Mk. zu versehen, bildet nur ein weiteres Glied in der Reihe der vorbildlichen sozialen Fürsorgemaßnahmen des Monarchen für die Arbeiterklasse. ...

Größerer Ausstand in Petersburg. In vielen Fabriken von Petersburg haben wegen der Wohnfragen gegen die Arbeiterpreise Demonstrationen gegen die Arbeiterpreise stattgefunden. ...

Schweres Automobilunfall bei Elmshorn. Wie die „Elmsborner Ztg.“ berichtet, wurde auf der Bremerstraße ein schweres Automobil, dessen Steuerung versagte, gegen eine Hauswand überfahren und zerstört. ...

Die Brände in Rom. In Verzierungsarbeiten herrschte große Verwirrung über die wiederholten Brände in den Baumwollfabriken. Hier sind seit dem großen Brande am Montag neun verschiedene Brände ausgebrochen. ...

Letzte Telegramme.

Der Kronprinz in Bad Aken. Der Kronprinz traf gegen 5 Uhr 45 Minuten in Bad Aken ein, wo er im Hotel „Zum mutigen Ritter“ Wohnung nahm. Er wird morgen seine Reise per Automobil fortsetzen.

Präsidentenwahl im Reichstagsnachwahl in Vorna. Berlin, 27. März. Zum Anlaß der Stichwahl in Vorna-Wege glaubt die „Deutsche Tagesztg.“ feststellen zu können, daß die rechtsstehenden Parteien vollauf ihre Pflicht erfüllt haben. ...

Advertisement for Dab toothpaste. Includes an image of a tube of Dab toothpaste and text: 'Dab Beste Mundwasser der Welt', 'Preis: 1/2 Flasche 85 Pf., 1/4 Flasche (Monat) ausreicht) 1 M. 1.50'.

